

Wer baut dieses Land?

Über den Widerspruch zwischen Fachkräftebedarf und Migrationsabwehr anhand der österreichischen Bauwirtschaft

Kohlenberger, Judith; Becker, Simon Christian

DOI:

[10.57938/2111980c-1b5a-4309-a5b0-d7e9f31f6372](https://doi.org/10.57938/2111980c-1b5a-4309-a5b0-d7e9f31f6372)

Published: 01/01/2026

Document Version:

Publisher's PDF, also known as Version of record

Document License:

CC BY

[Link to publication](https://doi.org/10.57938/2111980c-1b5a-4309-a5b0-d7e9f31f6372)

Citation for published version (APA):

Kohlenberger, J., & Becker, S. C. (2026). *Wer baut dieses Land? Über den Widerspruch zwischen Fachkräftebedarf und Migrationsabwehr anhand der österreichischen Bauwirtschaft*. FORM Policy Brief No. 01/2026 <https://doi.org/10.57938/2111980c-1b5a-4309-a5b0-d7e9f31f6372>

Wer baut dieses Land?

Über den Widerspruch zwischen Fachkräftebedarf und Migrationsabwehr anhand der österreichischen Bauwirtschaft

Judith Kohlenberger / Simon Christian Becker · September 2026

Auf einen Blick

Die österreichische Bauwirtschaft wird seit Jahrzehnten primär durch migrantische Arbeitskraft gestützt – rund ein Drittel der Beschäftigten am Bau besitzt eine ausländische Staatsbürgerschaft, ein noch höherer Anteil hat Migrationshintergrund. Zugleich wird dieselbe Zuwanderung öffentlich vorrangig als Belastung verhandelt. Dieser Widerspruch hat reale Folgen: gefährdet leistbares Wohnen durch die Verknappung der Ressource „Mensch“, die Sanierungswende und drängt einen Teil jener Arbeitskräfte, auf die der Wirtschaftszweig angewiesen ist, in Prekarität und Subunternehmerketten. Soll das Land also weiter ge- und bebaut werden, so muss man Migrationssteuerung und die Bauwirtschaft zusammendenken, statt sie weiter getrennt zu diskutieren.

Der Widerspruch

Eine zentrale Frage, die die Bauwirtschaft und die Migrationsforschung beschäftigt, lässt sich wie folgt auf den Punkt bringen: Wer baut dieses Land? Die Bauwirtschaft klagt seit langem über fehlende Fachkräfte und wirbt sie faktisch seit Jahrzehnten über Zuwanderung an. Die Migrationsforschung beschreibt, wie eben diese Zuwanderung öffentlich zum Problem erklärt wird, gleichzeitig jedoch auf einen evidenten Bedarf antwortet. Beide beschreiben denselben Menschen – nur nennen sie ihn, je nach Kontext, einmal „Fachkraft“ und einmal „Migrant“.

Max Frisch hat diesen zentralen Widerspruch bereits im Vorwort von Alexander J. Seilers „Siamo italiani: Die Italiener“ mit Blick auf die sogenannten „Gastarbeiter“ der 1960er und 70er herausgestellt: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ Wer den neuen Dachgeschossausbau, die sanierte Wohnung und die erneuerte Infrastruktur fordert, betrachtet oft zugleich jene als Zumutung, die all das errichten. Wie also können Migrationsrealität und nachhaltiges zusammengedacht werden – Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und legale, würdige Zugangs-, Aufenthalts- und Aufstiegsmöglichkeiten für jene Menschen, die ihn schaffen? Das ist nicht zuletzt eine Kostenfrage. Denn der Preis für diese oft unaufrichtig geführte Debatte zeigt sich bei den Baukosten, beim fehlenden Wohnungsangebot und bei den bisher verfehlten Klimazielen. Öffentliche Auftraggeber verstärken diese Entwicklung, indem sie ihre Leistungen gezielt nach dem „Billigstbieterprinzip“ ausschreiben.

Wer baut Österreich?

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Jahresdurchschnitt 2023 waren rund 289.000 Menschen unselbstständig in der Bauwirtschaft beschäftigt, etwa sieben Prozent aller Beschäftigten des Landes. Von ihnen besaßen rund 94.000 und damit ein volles Drittel eine ausländische Staatsbürgerschaft (vgl. Abbildung 1). Die größten Gruppen stellten Personen aus Polen, Rumänien und Ungarn dar.¹

Die Bauwirtschaft ist damit kein Sektor, in dem Zuwanderung gelegentlich hineinreicht, sondern einer, der ohne sie in seiner heutigen Form nicht funktionsfähig wäre bzw. den zuvor genannten Herausforderungen gerecht werden könnte.

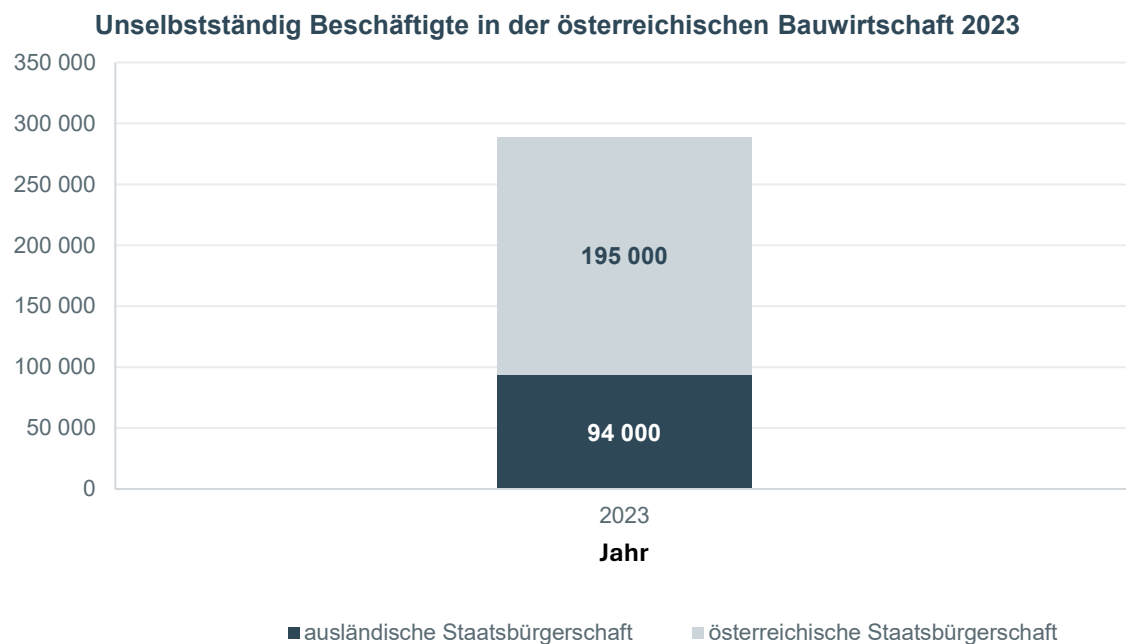


Abbildung 1: Unselbstständige Beschäftigte in der österreichischen Bauwirtschaft

Diese Abhängigkeit ist am Wachsen. Gegenüber 2017 stieg die Zahl der ausländischen Beschäftigten am Bau um rund 38 Prozent, ein Plus von etwa 26.000 Personen, das vor allem auf Arbeitskräfte aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen Staaten zurückgeht.² Der Wirtschaftszweig läuft also, empirisch betrachtet, in wachsendem Maß auf eine Abhängigkeit von Zuwanderung zu, während die politische Erzählung in die Gegenrichtung läuft.

Das ist keine rezente Entwicklung, sondern historisch verwurzelt. Österreich rekrutiert Bauarbeitskräfte über Zuwanderung nicht erst seit der EU-Osterweiterung, sondern seit den Anwerbeabkommen der 1960er-Jahre, als „Gastarbeiter“ aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei die Hochbaukonjunktur der Nachkriegsjahrzehnte trugen. Seitdem änderten sich Herkunftsländer und rechtliche Kanäle des legalen Zugangs (etwa RWR-Karte), nicht jedoch die grundlegende Tatsache, dass die Baustellen dieses Landes seit jeher eine Zuwanderungsgeschichte erzählen.

Vom Bedarf zum Mangel

Rein statistisch herrscht in der Bauwirtschaft kein genereller Arbeitskräftemangel: Zuletzt standen den offenen Stellen in der Bauwirtschaft mehr als genug arbeitslos gemeldete Personen gegenüber. Rechnet man jedoch die Kategorie der Bauhilfsarbeiter heraus und betrachtet nur die gelernten Fachkräfte, kippt das Verhältnis in den Bereich eines Mangelberufs.³ Es fehlen also nicht die Hände, sondern die Qualifikationen. Über 80 Prozent der heimischen Bauunternehmen berichten von Herausforderungen, qualifiziertes Personal zu finden.⁴

Die demografische Entwicklung verschärft das Problem weiter. Die Zahl der Lehrlinge in Österreich ist von ihrem Höchststand von über 194.000 im Jahr 1980 auf rund 108.000 gefallen⁵ (vgl. Abbildung 2). In der Bauwirtschaft schlägt dieser Schwund besonders durch: In Tirol etwa sank die Zahl der Baulehrlinge zuletzt um rund sechs Prozent binnen eines Jahres; der Bezirk zählt heute um etwa tausend Bauarbeiter weniger als noch vor fünf Jahren.⁶

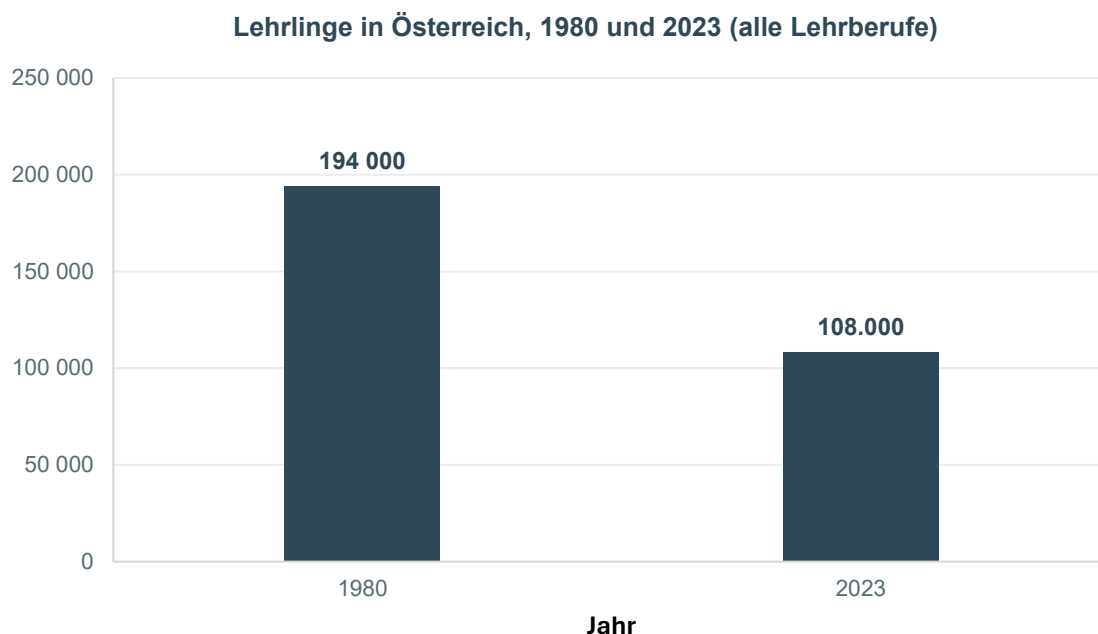


Abbildung 2: Lehrlinge in Österreich⁶

KMUs (im Bau haben 83 Prozent der rund 40.000 Unternehmen weniger als zehn Beschäftigte⁷) können die duale Ausbildung oft nicht stemmen, weil eigene Ausbilder schlicht zu teuer wären. Der Nachwuchs, der eine alternde Belegschaft ersetzen müsste, bleibt aus.

Damit trifft eine wachsende Facharbeitslücke auf immer weniger inländischen Nachwuchs. Wer diese Lücke schließen soll, ist aber keine offene Frage: Die Bauwirtschaft beantwortet sie längst über Zuwanderung. Offen ist nur, ob die Politik gewillt ist, diese Realität anzuerkennen und zu gestalten – oder sie ignoriert.

Wo Diskurs und Realität auseinanderklaffen

Wenn die Empirie zum Fachkräftebedarf über Zuwanderung so klar ist, warum bleibt der öffentliche Diskurs so hartnäckig gegenläufig? Wir identifizieren drei Mechanismen.

BEGRIFFLICHE SPALTUNG

Die erwünschte „Fachkraft“ und der unerwünschte „Migrant“ sind rhetorisch getrennt, obwohl sie empirisch oft dieselbe Person meinen. Diese Trennung erlaubt es, Zuwanderung im Abstrakten abzulehnen und im Konkreten – im Büro und auf der Baustelle, in der Ausschreibung, im Betrieb – vorauszusetzen.

ENTKOPPLUNG DER STEUERUNG VOM BEDARF

Migrationspolitik wird überwiegend als Kontrollthema verhandelt, kaum jedoch als Frage der Arbeitsmarktversorgung. Sinnbildlich dafür ist der Umgang mit Asylwerbenden: Sie dürfen nur nach Überwindung hohen Hürden arbeiten. Er braucht eine Beschäftigungsbewilligung, die ein Ersatzkraftverfahren durchläuft, in dem inländische und EWR-Arbeitskräfte gesetzlich vorrangig zu berücksichtigen sind. Das ist ein bürokratisch derart aufwendiges Verfahren, dass es einem De-facto-Arbeitsverbot nahekommt. 2025 wurden ganze 3.086 solcher Bewilligungen ausgestellt⁸ – das Gegenteil einer bedarfsorientierten Steuerung.

ENTWERTUNG MITGEBRACHTER QUALIFIKATION

Wer als Facharbeiter kommt, arbeitet nicht selten als Hilfskraft, weil Abschlüsse nicht anerkannt oder als nicht gleichwertig angesehen werden oder Verfahren zu langwierig sind. Aus einer Fachkraft wird so eine dequalifizierte Arbeitskraft. Damit produziert sich der Mangel zu einem Teil selbst.

Die Kosten einer widersprüchlichen Migrationspolitik

SEKTOR

Für den Sektor bedeutet die ungedeckte Facharbeitslücke Verzögerungen bei der Abwicklung der Bauprojekte, steigende Löhne für nicht ausreichend vorhandene qualifizierte Kräfte und damit höhere Baupreise. Das trifft unmittelbar den zinsreagiblen Wohnbau, verteuert leistbares Wohnen und gefährdet zudem den Sanierungsbedarf.

BESCHÄFTIGTE

Für die Beschäftigten bedeutet der unregelmäßige Zugang Prekarität. Weil ein großer Teil der grenzüberschreitenden Arbeit über Entsendung und lange Subunternehmerketten organisiert ist, entstehen Strukturen, in denen Mindeststandards schwer durchsetzbar sind. Oft wissen Arbeiter nicht einmal, bei wem sie angestellt sind. Unterentlohnung, Scheinselbstständigkeit und Scheinfirmen haben System; allein dadurch entsteht jährlich ein Schaden von rund 500 Millionen Euro, mehr als die Hälfte davon aus nicht abgeführten Sozialversicherungsbeiträgen⁹.

GESELLSCHAFT

Für die Gesellschaft bedeutet der Widerspruch, dass ein politischer Diskurs jene Arbeit untergräbt, von der die Erreichung der Ziele a) leistbares Wohnen und b) Klimaschutz abhängen. Der wirksamste Hebel gegen Ausbeutung liegt dabei nicht auf der einzelnen Baustelle, sondern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge: also dort, wo Lohndumping strukturell belohnt wird und die Beauftragung an den „wirtschaftlichsten“ Anbieter erfolgt.

Handlungsempfehlungen

Fünf Ansatzpunkte für eine ehrliche, bedarfsorientierte Migrations- und Fachkräftesteuerung im Bausektor.

1

Die Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen sollte beschleunigt und mit niederschweligen Kompetenzfeststellungen und Anpassungslehrgängen verbunden werden, damit Fachkräfte ihre mitgebrachten Kompetenzen entsprechend den Anforderungen einsetzen können. Adressaten sind das Wirtschafts- und Sozialministerium, die Anerkennungsstellen (ASTen) und (Fach-)Hochschulen sowie die BAUAkademien.

2

Es braucht einen geregelten und früheren Arbeitsmarktzugang für Asylwerbende mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit, gekoppelt an Sprach- und Integrationsangebote und im Einklang mit der EU-Aufnahmerichtlinie, die einen effektiven Zugang binnen neun Monaten vorsieht. Das Ersatzkraftverfahren gehört für Mangelqualifikationen deutlich entschlackt.

3

Ausbildung- und Lehre können gezielt für Zugewanderte geöffnet werden. Überbetriebliche Ausbildung und ein Ausgleich für KMUs, die allein nicht ausbilden können, adressieren zugleich den demografischen Wandel.

4

Die Ausbeutung in Subunternehmerketten gilt es zu bekämpfen: durch eine Generalunternehmerhaftung nach deutschem Vorbild, eine Begrenzung der Kettenlänge bei öffentlichen Aufträgen sowie eine sozial-ökologische Vergabep Praxis, die nicht allein den niedrigsten Preis belohnt.

5

Ein kollabierter Migrationsdiskurs ist Teil des Problems. Politische Kommunikation, die den realen Beitrag zugewanderter Arbeit anerkennt, statt ihn zu verschweigen oder Migration zu problematisieren, ist Voraussetzung dafür, dass die übrigen Maßnahmen Rückhalt in der Bevölkerung finden und Wirkung entfalten.

Judith Kohlenberger ist Soziologin und leitet das Forschungsinstitut für Migrations- und Fluchtforschung und -management (FORM) an der WU Wien.

Simon Christian Becker ist Bauingenieur und derzeit bei der Bergmeister ZT GmbH als Operating Officer (OO) sowie als Lehrbeauftragter an der BOKU Wien tätig.

Quellenangaben

¹ AMS Österreich (2024): Spezialthema „Die Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft“. Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, Wien, März 2024.

² AMS Österreich (2024): Spezialthema „Die Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft“.

³ Branchenauswertung „Stellenandrang“ (2026): Report/Bau, „Auf der Suche nach Fachpersonal“, report.at, Juli 2026 (auf Basis von AMS-Daten).

⁴ Branchenumfrage (2025): Anteil der Bauunternehmen mit Schwierigkeiten bei der Rekrutierung qualifizierten Personals (über 80%).

⁵ ibw (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft): „Lehrlingsausbildung im Überblick“. Lehrlingszahlen (108.266 Ende 2023; Höchststand über 194.000 im Jahr 1980).

⁶ ORF Tirol (2026): „Sinkende Lehrlingszahlen in der Baubranche“, tirol.orf.at, Februar 2026. Regionaler Rückgang der Baulehrlinge und Facharbeitskräfte.

⁷ AMS Österreich (2024): Spezialthema „Die Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft“.

⁸ AMS Österreich (2026): Daten zu erteilten Beschäftigungsbewilligungen für Asylwerbende 2025 (3.086), Ersatzkraftverfahren. Wiedergegeben in: ORF, „Asylwerber auf Arbeitsmarkt: Praktische Hürden vor Beschäftigung“, orf.at, März 2026.

⁹ BUAK / A&W – Arbeit&Wirtschaft (2026): „Sozialbetrug: Was auf Österreichs Baustellen schief läuft“, arbeit-wirtschaft.at.